

Per E-Mail to: **CLIMA-ENERGY-GREEN-PAPER@ec.europa.eu**

Datum
24.06.2013

Anmerkungen Oesterreichs Energie zum EU-Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030“

Register ID number 80966174852-38

Kernbotschaften

Oesterreichs Energie begrüßt das Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima und Energiepolitik bis 2030“ der Europäischen Kommission und unterstützt die Notwendigkeiten, frühzeitig Überlegungen zu einem vorausschauenden Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 anzustellen. Wir sehen darin ein wichtiges Signal für Investitionen in das europäische Energieversorgungssystem und die Zielerreichung für ein ressourcenschonendes Europa 2050.

Oesterreichs Energie sieht sich dem langfristigen Ziel einer kohlenstoffarmen/-neutralen Stromerzeugung ohne Berücksichtigung der Kernenergie bis 2050 verpflichtet. Allerdings sieht sich Oesterreichs Energie in der Umsetzung dieses langfristigen Zieles ebenso der Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit wie auch der Leistbarkeit und der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie verpflichtet. Verbindliche Zwischenziele – insbesondere in Bezug auf ihre Höhe – sind deshalb erst nach ausführlichen Abschätzungen der Auswirkungen auf Wirtschaftlichkeit, Leistbarkeit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit festzulegen.

Klare Ziele und Prioritäten für 2030 im Sinne der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit

Auf Grund der – aus heutiger Sicht weit in die Zukunft reichenden Ziele, begrüßen wir die Bemühungen der Europäischen Kommission die bisherigen Fortschritte im Rahmen eines integrativen Ansatzes für 2030 zu analysieren und einem tragfähigen gesamthaften Ergebnis zuzuführen. Im Rahmen des EU Energiefahrplans 2050 skizzierte die Europäische Kommission die langfristigen Dekarbonisierungs-Zielsetzungen für die europäische Wirtschaft, wobei dem Stromsektor hierbei eine Hauptverantwortung zukommt.

Wir stimmen deshalb der Ansicht der Europäischen Kommission zu, dass die europäischen Institutionen eine möglichst frühe Einigung auf ein Rahmenwerk für 2030 benötigen, um wirtschaftlich tragfähige Eckpfeiler festzulegen, die für einen kosteneffizienten und nachhaltigen Pfad auf Basis von erneuerbaren und kohlenstoffarmen Energietechnologien zur Erreichung des auf EU-Ebene beschlossenen langfristigen Klimazieles bis 2050 benötigt werden. Oesterreichs Energie ist der Ansicht, dass die Erfordernisse von langfristigen Investitionszyklen – Charakteristika insbesondere in der Elektrizitätswirtschaft – die frühzeitige tragfähige Festlegung eines stabilen Rahmenwerks bedingen.

Wesentlich erscheint Oesterreichs Energie die Notwendigkeit eines korrespondierenden legislativen Rahmenwerks, das die Erreichung von realistischen Zielvorgaben gewährleistet und Zielkonflikten – wie sie aktuell zu beobachten sind – präventiv vorbeugt. Ein planbarer rechtlicher und regulatorischer Rahmen erhöht die Rechtssicherheit für Investitionsentscheidungen und kann die EU als Wirtschaftsstandort stärken. In diesem Zusammenhang wird auf die Notwendigkeit einer ausgewogenen Balance zwischen Umwelt- und Klimazielen, dem gesellschaftlichen Umfeld und marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verwiesen, da sich die ökonomischen Voraussetzungen bei Beschluss der 20/20/20 Ziele im Vergleich zu heute massiv verändert haben. Hierbei kann sich die Notwendigkeit ergeben, Anpassungen in bestehender Umwelt- und Klimalegistik vornehmen zu müssen.

Energie muss bezahlbar und sozial ausgewogen bleiben

Wir teilen die Bedenken der Europäischen Kommission von negativen Auswirkungen hoher Energiepreise auf die Wirtschaftsleistung der Volkswirtschaft und den Wohlstand der Gesellschaft, weisen aber in diesem Kontext darauf hin, dass hohe Energiepreise für den Endkunden ein Agglomerat aus Energiekosten, Steuern, Abgaben, Förderungsbeiträgen, regulierten (Netz-) Kosten etc. sind und sich in den Endenergiepreisen auch versteckte Kosten befinden, die auf Grund der Erfüllung einer zunehmenden Anzahl von gesetzlichen Rahmenbedingungen vorgegeben sind.

EU Energie- und klimapolitische Instrumente und Ziele besser abstimmen

Die EU-Zielsetzungen, Ausbau Erneuerbarer Energien, Reduktion von CO₂ und Steigerung der Energieeffizienz, haben unterschiedliche Wechselwirkungen innerhalb der Energiewirtschaft hervorgerufen. In einigen Bereichen kommt es bereits jetzt zu ungeplanten Wechselwirkungen – beispielsweise zwischen Emissionshandel und Ausbau der Erneuerbaren Energien – die zu wirtschaftlichen Nachteilen und Verwerfungen für Verbraucher und Unternehmen geführt haben. Neben ungeplanten Wechselwirkungen sind auch Zielkonflikte zu verzeichnen. So ist z.B. der Ausbau der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung und Fernwärme ein erklärtes EU-Ziel, da diese Technologien einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Energieeffizienzziele leisten. Allerdings wird dieser Zielsetzung im Emissionshandel ab 2013 nicht entsprechend Rechnung getragen.

Zur zukünftigen Vermeidung solcher ungeplanten Wechselwirkungen bedarf es deshalb eines funktionierenden ETS-Handelssystems, eines unter Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Regeln durchdachten Regel- und Förderwerkes sowie weitreichender

Ausnutzung der Energieeffizienzpotenziale sowohl im Primärenergieverbrauch z.B. in der Energieerzeugung (u.a. durch Nutzung der hocheffizienten KWK-Technologie) als auch im Endenergieverbrauch. Diese drei Blickfelder müssen kohärent, unterstützend, ineinander greifend und keinesfalls konkurrenzierend wirken.

Für die Zeit ab 2020 ist, anstelle kurzfristiger Eingriffe wie beispielsweise in den Emissionshandel, eine umfassende und integrierte Diskussion über die wesentlichen Instrumente einer Klima-, Energie- und Industriepolitik notwendig. Ziel muss es sein, eine kohlenstoffärmere Wirtschaft und Gesellschaft zu erreichen, die gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit und den Produktionsstandort der europäischen Industrie stärkt. Es bedarf daher ergänzender Maßnahmen bezüglich Marktdesign und Anreizsystemen, um das politische Ziel einer nachhaltigen, sicheren und kostengünstigen Energieversorgung sicherzustellen.

Versorgungs- und Systemsicherheit stärker in den Vordergrund rücken

Wir teilen die Feststellung der Europäischen Kommission, dass die Versorgungssicherheit von hoher Bedeutung ist und die durch den rapiden Ausbau volatiler Energieträger bei nicht gleichzeitigem Ausbau der kommunizierenden Stromverteilungs- und –übertragungsnetze gefährdet ist.

Der rechtzeitige und ausreichende Ausbau von grenzüberschreitenden Kapazitäten sowie die Verfügbarkeit von ausreichender Regel- und Ausgleichsenergie sind Rahmenbedingungen, die in die Betrachtungen für eine Energiepolitik für 2030 eingehen müssen. Aufgrund allerdings der derzeit hohen Dynamik der rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen in Verbindung mit der aktuellen unvorteilhaften wirtschaftlichen Lage, ergeben sich erhebliche Unsicherheiten bei den Marktakteuren, wodurch in Konsequenz marktwirtschaftliche Investitionsanreize in notwendige Infrastrukturprojekte (Kraftwerke und Netze) fehlen.

Ein flexibler Energiemix ermöglicht langfristig den Weg in eine CO₂-arme Zukunft. Daher ist darauf Bedacht zu nehmen, dass neben dem Ausbau der Erneuerbaren auch in Zukunft ein Marktdesign geschaffen wird, das sicherstellt, dass die Versorgungssicherheit zu jeder Zeit gegeben ist. Dazu gilt es die Rahmenbedingungen für eine Rentabilität gesicherter konventioneller Erzeugungskapazitäten (z.B. Gaskraftwerke, hocheffiziente KWK, etc.) und der Wasserkraft langfristig sicherzustellen.

Zu den detaillierten Fragen des Berichtes merken wir wie folgt an:

1. Allgemeine Fragen

- Welche Erfahrungen aus dem energie- und klimapolitischen Rahmen bis 2020 und dem derzeitigen Stand des Energiesystems der EU sind für die Gestaltung des Politikrahmens bis 2030 am wichtigsten?

Modelle zur Berechnung energie- und klimapolitischer Ziele

Die Settings für den energie- und klimapolitischen Rahmen der EU Energie- und Klimapolitik bis 2020 beruhen auf modelltechnischen Ergebnissen (PRIMES-Modell). Angesichts der

geringen Transparenz der Modellannahmen und methodischer Defizite der verwendeten Modelle ist allerdings deutliche Kritik am Prozess der Festlegung der Emissionsobergrenzen („Cap Setting Process“) angebracht. Auch im Rahmen der Energie- und Klimafahrpläne 2050 ist die Europäische Kommission ungeachtet der weit verbreiteten Kritik in vergleichbarer Weise vorgegangen. Hierbei wurde schwerpunktmäßig die Betrachtung auf den Elektrizitätssektor gelegt und Vorschauen hinsichtlich möglicher Entwicklungen und Konsequenzen im Wesentlichen für diesen Sektor vorgenommen. Die modelltechnische Betrachtung kann allerdings nicht die Tatsache berücksichtigen, dass innerhalb der EU 27 nationale Energiepolitiken bestehen, die nicht miteinander abgestimmt sind.

Die Wechselwirkungen der drei energie- und klimapolitischen Ziele für 2020 bedürfen im Hinblick ihrer Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit Europas sowie die Belastbarkeit der europäischen Konsumenten und der Umwelt einer wissenschaftlichen Evaluierung auf EU Ebene. Dabei sollen die bisherigen Entwicklungen in den Bereichen Energieeffizienz, Treibhausgasreduktion und Ausbau der Erneuerbaren Energien auf ihre Zielerreichung überprüft und die darin gesetzten Maßnahmen (ETS, Förderregime, etc...) hinsichtlich ihrer sozialen, ökologischen und ökonomischen Verträglichkeit bewertet werden. Im Rahmen dieser wissenschaftlichen Evaluierung wäre auch zu prüfen, ob Prioritäten betreffend der Ziele der EU Energie- und Klimapolitik unter Einbindung und Berücksichtigung aller Sektoren einer effizienteren Zielerreichung dienlich wären.

Ausbau der Erneuerbaren Energien

Die nationalen Anreizsysteme für erneuerbare Energien haben zu einem massiven und unerwarteten Ausbau erneuerbarer Energien geführt. Dieser schnelle Ausbau von Kapazitäten auf Basis erneuerbarer Energien ist mit teilweise unerwartet negativen Begleiterscheinungen verbunden. Der volatile Charakter der neuen erneuerbaren Technologien setzte hohe Anforderungen an die Versorgungssicherheit und Systemstabilität, da durch die zunehmende volatile Einspeisung ein erhöhter Bedarf an Ausgleichs- und Regenergie aus konventionellen Stromerzeugungsanlagen verbunden ist.

Der massive Ausbau von volatilen Kapazitäten erforderte jedoch einen ebenso großflächigen Netzausbau auf unterschiedlichen Netzebenen, der in dem erforderlichen Ausmaß jedoch nicht mithalten konnte.

Durch die Förderung erneuerbarer Technologien wurde ein Ungleichgewicht im Wettbewerb von Erzeugungstechnologien (konventionelle vs. neue erneuerbare) hervorgerufen, die die Stromerzeugung aus konventionellen Technologien in vielen Fällen unökonomisch werden ließ.

Die markante Förderung von erneuerbaren Energien hat für den Endverbraucher in einigen Ländern zu einem starken Anstieg der Strompreise geführt. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass ein nicht unerheblicher Teil des Preisanstieges aus den Kosten des regulierten Marktes (Netzbereich), den staatlichen Abgaben, aber auch den regulierten Kosten aus dem marktwirtschaftlichen Segment zuordenbar ist.

Für die Periode bis 2030 ist daher ein Hauptaugenmerk darauf zu legen, marktreife erneuerbare sukzessive Technologien dem Wettbewerbsmarkt auszusetzen sowie bestehende Anreizsysteme einem marktnahen Konzept zuzuführen (Investitionszuschüsse, Bonussystem, Quotensystem etc.). Welchem Anreizsystem in diesen Fällen auch der Vorzug gegeben wird, es ist jedenfalls sicherzustellen, dass einzelne Technologien nicht „überfördert“ werden und dadurch eine Wettbewerbsverzerrung marktfähiger Technologien hervorrufen.

CO₂-Emissionshandelssystem

Die Erwartungen, die in das CO₂-Emissionshandelssystem (ETS) gesetzt wurden, konnten bisher nicht erfüllt werden. Die Entwicklung der CO₂-Zertifikatspreise unterstützte nicht die dem ETS zugedachte Schlüsselrolle eines Investitionsmotors für erneuerbare und kohlenstoffarme Energietechnologien. Stattdessen wurde die dem ETS zugedachte Schlüsselrolle durch ungeplante Wechselwirkungen von nationalen Anreizsystemen zum Ausbau der erneuerbaren Energien übernommen. Das Resultat sind Verwerfungen des Strom- und CO₂-Großhandelsmarktes, die dem Endkunden in Form von zusätzlichen Umlagen in Rechnung gestellt werden.

Ein stabil funktionierender Emissionshandel ist für alle am System teilnehmenden Akteure wünschenswert. Dazu sind Planungs- und Investitionssicherheit erforderlich.

Zu berücksichtigen ist, dass mit dem Emissionshandelssystem allein die derzeitigen Marktverzerrungen nicht gelöst werden können. Aspekte, wie die Entwicklung der Erneuerbaren Energien, deren Auswirkungen auf die Strompreise und die Infrastruktur aber auch die Brennstoffpreisentwicklung (z.B. bei Kohle und Gas), bedürfen einer übergreifenden Betrachtung. So ist z. B. durch eine Zielerhöhung bzw. eine Zertifikatspreiserhöhung nicht sichergestellt, dass CO₂-intensivere Anlagen gegenüber emissionsärmeren Anlagen zurückgedrängt werden. Neben dem Zertifikatspreis sind dabei auch die Brennstoffkosten ein relevanter Faktor.

Bei der Gestaltung des Politikrahmens bis 2030 ist es auch im Emissionshandel notwendig, die Konjunkturlage und Wachstum und Beschäftigung zu berücksichtigen. Zur Erhöhung der Effektivität ist der Abschluss eines internationalen Klimaabkommens von besonderer Bedeutung. Um dem ETS bei der Erfüllung die ihm zugedachte Rolle zu stärken, sollten die zu setzenden Rahmenbedingungen ein dynamisches und flexibles Handelsregime ermöglichen, das retroaktive Veränderungen hintan stellt (oder nicht tätigt) und „schockresistent“ ist. Abzulehnen sind daher nachträgliche Eingriffe in den Emissionshandel, die auf den Elektrizitätssektor bezogen nicht ausreichend und geeignet sind, das gewünschte Ergebnis zu erzielen. Diese Maßnahmen führen durch die Ergebnisunwirksamkeit nur zu Kostenerhöhungen.

Elektrizitätsbinnenmarkt

Das Zusammenwachsen der europäischen Märkte braucht physikalische Voraussetzungen. Richtig war es daher, dass die Europäische Kommission den Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur zu einem Schwerpunkt ihres politischen Handelns gemacht hat. Nun muss die tatsächliche Umsetzung des Energieinfrastrukturpakets tatkräftig vorangetrieben werden.

Ein starker Fokus ist auf die Vervollständigung des Energiebinnenmarktes zu legen. Markthemmnisse müssen weiter abgebaut werden. Nationale Alleingänge von Mitgliedstaaten müssen hinten gehalten werden, um den Binnenmarkt nicht weiter zu unterminieren.

Eng mit dem funktionierenden Binnenmarkt im Zusammenhang steht der dringend notwendige Ausbau der Infrastruktur. Insbesondere die grenzüberschreitende Energie-Infrastruktur, aber auch die Kapazitätserweiterungen bei Speichern, ist von zentraler Bedeutung für das zukünftige Energiesystem.

Ebenso muss die Kopplung der Energiemärkte weiter beschleunigt werden. In diesem Zusammenhang möchten wir beispielhaft auf die Ergebnisse des Pentalateralen Energieforums vom 07.06.2013 in Luxemburg verweisen.

2. Zielvorgaben

- Mit welchen Zielvorgaben für den Zeitraum bis 2030 könnten die klima- und energiepolitischen Ziele der EU am wirkungsvollsten unterstützt werden? Auf welcher Ebene sollten sie umgesetzt werden (EU, Mitgliedstaaten oder Sektoren) und inwieweit sollten sie rechtsverbindlich sein?

Die drei klima- und energiepolitischen Ziele (Treibhausgasreduktion, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien) können dazu beitragen, dass die EU ihren Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels und zum Ressourcenschutz leistet. Sie sollten jedoch nicht als alleinstehende Individualziele betrachtet, sondern im Rahmen eines integrierten Gesamtkonzepts berücksichtigt werden. Einen Mechanismus zu schaffen, der die – im Sinne der Zielerreichung – richtige Balance zwischen den drei Bereichen zulässt, ist die große Herausforderung für 2030. Können die bereits aktuell auftretenden Wechselwirkungen positiv genutzt werden, ist ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung der Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit in Europa möglich.

Die Klimaschutzziele sind durch völkerrechtliche Vereinbarungen festgeschrieben und ihre Erreichung sollte durch zielsichere abgestimmte Instrumente – hierzu gehören ebenso der Ausbau der Erneuerbaren Energien wie auch die kosteneffiziente Nutzung von Energieeinsparpotentialen – sichergestellt werden. Für die Erreichung des Treibhausgasemissionsminderungsziels (THG) auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene ist auch der Nicht-Emissionshandelssektor in die Pflicht zu nehmen. Auch wenn die Zielvorgaben gemäß des EU-Energiefahrplan 2050 in Bezug auf die Treibhausgasminderung

kein verbindliches Ziel darstellen, ist es aus Sicht von Oesterreichs Energie sinnvoll und vor dem Hintergrund der Planung- und Investitionssicherheit notwendig, ehestmöglich einen realistischen THG-minderungspfad mit einem tragfähigen Stützwert im Jahre 2030 festzulegen. Ein realistisch tragbares und in der Balance mit anderen EU-Zielsetzungen befindliches THG-minderungsziel könnte ebenso eine Stärkung der Europäischen Union in den weiteren Verhandlungen für ein internationales Abkommen zu Treibhausgasreduktionen bedeuten. In jedem Fall ist die Berücksichtigung der Globalisierung der Klimapolitik unerlässlich. Eine auf breiter globaler Basis übernommene Klima-Verpflichtung stärkt auch die Wettbewerbsfähigkeit Europas.

Die 2030-Zielerreichung sollte daher auf Grundlage von kosteneffizienten und marktorientierten Maßnahmen beruhen und durch ein funktionierendes Emissionshandelssystem gestützt sein.

Derzeit leidet die Branche unter einem verzerrten Energiemarkt, was zu hoher Planungsunsicherheit führt und dadurch keine Anreize für Investitionen außerhalb der Förderregime setzt. Angesichts der zunehmenden Erzeugung aus volatilen erneuerbaren Energien, ist die Bereitstellung von und Investition in flexible Kapazitäten dringend notwendig. Langfristig wird durch die derzeitige Politik der Unsicherheit die Versorgungssicherheit in Frage gestellt.

Die Stromerzeugung ist auf Planbarkeit und damit auf langfristig verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen. Wenn erneuerbare Energien eine tragende Säule im Stromsystem der Zukunft werden sollen, sind Anstrengungen zu unternehmen, um die Anreizsysteme entsprechend zu gestalten, wobei hierzu nicht nur die Planbarkeit auf technologischer Ebene zu bedenken ist, sondern auch die zwingende Systemsicherheit in Form ausreichender Infrastruktur zum jederzeitigen Ausgleich von Elektrizitätsbedarf und –angebot.

Im Unterschied zum Verhältnis von Klimaschutzziel und Erneuerbaren-Ziel erfolgen in der Energiewirtschaft und der Großindustrie Effizienzsteigerungen in der Regel bereits marktgetrieben. Sie unterliegen damit grundsätzlich denselben CO₂-Preissignalen wie andere durch den Emissionshandel ausgelöste kosteneffiziente Treibhausgasreduktionsmaßnahmen. Absolute Energieeffizienzziele in anderen Sektoren können zu sog. „Rebound-Effekten“ führen und dem Ziel einer Verbrauchsreduktion entgegenwirken.

Die Umsetzung eines auf der EU-Ebene konzipierten THG-Reduktionspfades bis 2050 auf Mitgliedsstaatenebene muss die länderspezifischen Vorleistungen berücksichtigen. Es ist Mitgliedsstaaten offen zu halten in welcher Mittelkombination der Beitrag zum Gesamtziel der THG-Reduktion erbracht wird, solange die länderspezifischen Beiträge im Einklang mit dem Energiebinnenmarkt und dem EU Legislativrahmenwerk bestehen.

- Sind bei den derzeitigen Zielvorgaben für die Zeit bis 2020 Widersprüche aufgetreten? Wenn ja, wie könnte eine größere Kohärenz der potenziellen Zielvorgaben für das Jahr 2030 gewährleistet werden?

Die mit den Zielvorgaben für 2020 gewonnenen Erfahrungen zeigen, dass die Ziele nicht nur interagieren sondern über die Interaktion hinaus auch durch andere legislative Regelwerke bestimmt werden bzw. auf andere legislative Regelwerke einwirken.

Weiters besteht die Gefahr, dass bei nicht aufeinander abgestimmten Obergrenzen von Zielen von bspw. Treibhausgasreduktionen, Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien, Verbesserung der Energieeffizienz, etc., die Erreichung individueller Ziele zu kostentreibenden Maßnahmen führt. Beispielhaft kann hier die Überförderung von Wind- und Photovoltaikanlagen in Deutschland herangezogen werden, die zu einer Verzerrung des Strommarktpreises geführt haben, wodurch hocheffiziente KWK-Anlagen, welche auf Grund von „must-run“ Bedingungen für die Wärmeproduktion, aber auch flexible Gaskraftwerke nicht mehr betrieben werden können.

Der CO₂-Zertifikatspreis liegt aktuell bei rd. 4 EUR/t und damit deutlich unter den klimapolitischen Planszenarien der Europäischen Kommission. Die Großhandelspreise für Strom (Phelix Base) notieren an der EEX für den Zeitraum ab 2014 bereits unter der Marke von 38 EUR/MWh bei im Vergleich stabilen Primärenergiepreisen in Europa zwischen 27 – 30 EUR/MWh für Erdgas. Erneuerbare Energien verschieben zusehends konventionelle Kraftwerke in der Merit Order, wodurch die Wirtschaftlichkeit der konventionellen Anlagen erheblich gefährdet ist. Benötigte Investitionen in gesicherte Kraftwerksleistung werden angesichts fehlender Planbarkeit und Rechtssicherheit zurückgehalten.

- Sind Zielvorgaben für Teilsektoren wie Verkehr, Landwirtschaft und Industrie sinnvoll und wenn ja, welche? Muss z. B. im Verkehrssektor trotz der bereits festgelegten CO₂-Reduktionsziele für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge ein Anteil an Erneuerbaren Energien als Ziel vorgegeben werden?

Vorgaben für Teilsektoren sind sinnvoll und unbedingt notwendig, hierbei ist aber ebenso besonderes Augenmerk darauf zu legen, dass sich Rahmenvorgaben gegenseitig unterstützen und nicht behindern.

Alle Sektoren sollten einen fairen Beitrag zur Erreichung der europäischen energie- und klimapolitischen Ziele leisten. Basierend auf einer Folgenabschätzung sollte analysiert und festgelegt werden, ob hierzu ein stringenter benchmarking-Ansatz oder sektorale Ziele besser geeignet sind. Sonderbehandlungen von ausgewählten Sektoren sollten die Ausnahme und nicht die Regel sein.

Insbesondere aber der (Straßen-)Verkehr (und damit die Raumplanung) scheinen dringend konkretere Vorgaben zu benötigen. Neben den Zielen für Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Treibhausgasreduktion sollte primär aber Verkehrsvermeidung und damit die

absolute Reduktion von KFZ und Personenkilometer durch intelligente Raumplanung in den Vordergrund gestellt werden.

- Wie könnten die Zielvorgaben des Rahmens bis 2030 der wirtschaftlichen Tragfähigkeit und der zunehmenden Ausgereiftheit der Technologien stärker Rechnung tragen?

Technologischer Wettbewerb kann einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Tragfähigkeit neuer Entwicklungen leisten. Möglichkeiten hierfür wären beispielsweise gemeinsame aber auch grenzüberschreitende Fördersysteme. Darüber hinaus müssen es diese Fördersysteme aber auch zulassen, Technologien nach Erreichen ihrer Marktreife stärker in den allgemeinen Wettbewerb zu integrieren.

Aktuelle Fördersysteme lassen diese Möglichkeit ohne Eingriff in bestehende Verträge kaum zu. Davon wird aber abgeraten, da hierdurch das Vertrauen der Investoren weiter strapaziert werden würde.

- Wie sollten die Fortschritte in anderen Bereichen der EU-Energiepolitik, z. B. der Versorgungssicherheit, bewertet werden, die nicht unter die Kernziele fallen?

Aus Sicht von Oesterreichs Energie besteht dringender Handlungsbedarf, die EU im Hinblick auf das Ziel, den Energiebinnenmarkt zu vollenden, wieder in die richtige Richtung zu lenken. Bestrebungen in Richtung nationaler Energieautarkie verhindern das Zusammenwachsen der Märkte in der EU.

Versorgungssicherheit und Systemsicherheit müssen wieder Kernthemen der Energiepolitik werden. Eine Voraussetzung hierzu ist ein verstärkter nationaler und grenzüberschreitender Netzausbau.

3. Instrumente

- Wie sollten spezifische Maßnahmen auf EU-Ebene und einzelstaatlicher Ebene definiert werden, um eine möglichst große Kosteneffizienz bei der Verwirklichung der klima- und energiepolitischen Ziele zu gewährleisten?

Kraft-Wärme-Kopplung stellt aufgrund der Primärenergie- bzw. CO₂-Einsparungen eine unverzichtbare Technologie zur Strom- und Wärmeerzeugung dar. Künftig eröffnet sich auch zunehmend die Möglichkeit, kohlenstoffarme oder auf Basis von Erneuerbaren Energien erzeugte Wärme in Ballungsgebiete zu transportieren. Weiters sind KWK-Anlagen aufgrund ihrer Flexibilität ein wichtiger Baustein für die Integration volatiler Erneuerbarer Energien.

Die derzeitige Marktlage der Preise für Kohle, Erdgas und Strom haben entgegen den Annahmen des EU-Energiefahrplan 2050 der Europäischen Kommission zu einer Verdrängung von Erdgas aus dem europäischen Strommarkt geführt. Dies hat zu einer wirtschaftlich schwierigen Marktlage von hocheffizienten Gas-KWK-Anlagen geführt.

Künftige Zuteilungsregeln der ETS-Richtlinie sollten so ausgestaltet werden, dass sie den Beiträgen der KWK-Anlagen zur Effizienzsteigerung und Emissionsminderung angemessen Rechnung tragen, Versorgungskonzepte gegenüber Eigenerzeugung von Wärme oder Kälte nicht benachteiligen und Wettbewerbsverzerrungen mit nicht-ETS-pflichtigen Wärmeerzeugern entgegenwirken.

- Wie kann am wirksamsten eine Fragmentierung des Energie-Binnenmarkts verhindert werden, insbesondere im Hinblick auf die Förderung und Mobilisierung der erforderlichen Investitionen?

Am Ziel der Verwirklichung des Elektrizitätsbinnenmarktes muss die Europäische Kommission weiter festhalten. Im Rahmen dieses Ziels sind für das zunehmende Zusammenwachsen der Märkte der Ausbau grenzüberschreitender Infrastruktur, das Zulassen von grenzüberschreitenden Förderungen oder die Bereitstellung grenzüberschreitender Kraftwerkskapazitäten stärker in den Fokus zu rücken.

Kapazitätsmechanismen müssen grundsätzlich diskriminierungsfrei sein. Diese Regelungen sollten außerdem technologieneutral ausgestaltet sein und den Erhalt existierender Anlagen sicherstellen. Kapazitätsmechanismen sollten Anforderungen an Flexibilität stellen, sowie einen Anreiz für CO₂-arme Erzeugung bieten.

4. Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit

- Welche spezifischen Faktoren sind für die beobachtete Entwicklung der Energiekosten verantwortlich und inwieweit kann die EU darauf Einfluss nehmen?

Die von der Kommission für die Zukunft der Energieversorgung als „No-Regrets“-Optionen gesehenen höheren Anteile der Erneuerbaren Energien, die Verbesserungen der Energieeffizienz sowie bessere und intelligentere Infrastruktur, sind mit ökonomischen Belastungen für den Konsumenten (Haushalte und Industrie) verbunden. Hier sind gesellschaftspolitisch und industriepolitisch tragbare Maßnahmen zu setzen.

So zum Beispiel erfordert der zunehmende Anteil der erneuerbaren Energien am gesamteuropäischen Strom-Mix eine Überprüfung/Harmonisierung der einzelstaatlichen Vereinbarungen in Bezug auf Abnahmeverpflichtungen, Einspeisevorrang, Fördermechanismen etc., da diese Übereinkommen nicht die Wirtschaftlichkeit notwendiger Grundlastanlagen und damit die Versorgungssicherheit grundsätzlich gefährden dürfen.

- Wie kann für größere Rechtssicherheit für Unternehmen und gleichzeitig für ausreichende Flexibilität gesorgt werden, um Spielraum für Anpassungen an sich verändernde Umstände (z. B. durch Fortschritte in den internationalen Klimaschutzverhandlungen und Veränderungen auf den Energiemärkten) zu lassen?

Langfristige Vorgaben müssen vom Gesetzgeber und Europäischer Kommission ohne nachträgliche Eingriffe in bestehende Regelungen eingehalten werden.

- Wie kann die EU die Erschließung konventioneller und unkonventioneller Energiequellen innerhalb der EU optimal nutzen, um niedrigere Energiepreise zu erreichen und die Importabhängigkeit zu verringern?

Eine bedeutsame konventionelle Energiequelle für Österreich ist die Wasserkraft. Wasserkraft hat viele Charakteristika, die der zukünftigen kohlenstoffarmen und versorgungssicheren Energie- und Klimapolitik förderlich sind: sie ist wirtschaftlich, liefert durch Pumpspeicherkraftwerke Ausgleichs- und Regelenergie für die volatilen Energieträger, hat den Nachweis ihres Beitrages schon in der Klimapolitik bewiesen, etc. Nur ergänzend sei vermerkt, dass die Nutzung der Wasserkraft auch weiteren Nutzen für die Volkswirtschaft erbringt in den Bereichen Bewässerung (Landwirtschaft), Lawinen- und Hochwasserschutz etc.

Wenn die Reduktion der Energieimportabhängigkeit einerseits und der Ausbau von nationalen erneuerbaren und kohlenstoffarmen Technologien Kernpunkte der Energie- und Klimapolitik 2030 bilden sollen, dann ist ein Überdenken und ggf. Anpassen von Umweltrahmengesetzgebungen sowie Verfahrensbeschleunigungen – nicht nur im Kraftwerksneu- und -zubau sondern auch im Netzbereich – unumgänglich.

Das bedingt auch einen Beitrag der Nationalstaaten, die Bedingungen für die Schaffung und Erhaltung der Infrastruktur entsprechend zu gestalten. Speziell die Dauern der Genehmigungsverfahren für Neuanlagen jeglicher Art sind nach wie vor limitierende Faktoren für die optimale Ausnutzung des gesamteuropäischen erneuerbaren Energiepotentials mit den entsprechenden Zonen (Wind im Norden, Sonne im Süden, Speicher in den Alpen) – auch in Bezug auf die Verbrauchsschwerpunkte.

- Wie kann am besten eine größere Sicherheit der Energieversorgung gewährleistet werden, indem EU-intern (z. B. durch den Ausbau der notwendigen Verbindungsleitungen) für einen reibungslos und effizient funktionierenden Energiebinnenmarktes gesorgt und EU-extern die Energieversorgungswege diversifiziert werden?

Ein wichtiger Baustein zur Wahrung der Versorgungssicherheit der europäischen Letztverbraucher ist ein funktionierender europäischer Binnenmarkt für Strom und Gas. Das 3. Binnenmarktpaket richtet sich an diesem Grundsatz aus – daher sollten die in der Richtlinie enthaltenen Maßnahmen vordringlich umgesetzt werden. Ein wesentlicher Aspekt der Richtlinie ist die Erstellung von europaweit einheitlichen Rahmenbedingungen und Regeln zum Netzzugang und zur Netznutzung in Form der Network Codes von ENTSO-E und ENTSO-G. Eine intensive Einbeziehung der Interessensträger in die Konsultationsprozesse zu den Network Codes ist aufgrund dieser Bedeutung unabdinglich. Grundsätzlich kann der Ausbau von Grenzkuppelstellenkapazitäten dazu dienen, den grenzüberschreitenden Handel von Strom und Gas voranzutreiben. Oesterreichs Energie

unterstützt daher die Bemühungen der Europäischen Kommission, die europäische Netzinfrastruktur zu ertüchtigen, um einen grenzüberschreitenden und engpassfreien Handel zu ermöglichen und die Integration von dezentralen Erzeugungsanlagen voranzutreiben. Bei allen Vorhaben und Maßnahmen sollten neben der Versorgungssicherheit auch die weiteren grundsätzlichen Ziele der Energieversorgung, d.h. Wirtschaftlichkeit (competitiveness) sowie Umweltverträglichkeit (sustainability), verfolgt werden.

Rückfragehinweis

Dr. Tomas Müller
Generalsekretär-Stv.

Österreichs E-Wirtschaft
Brahmsplatz 3, A-1040 Wien
Tel.: +43 1 50198 220
E-Mail: t.mueller@oesterreichsenergie.at
www.oesterreichsenergie.at